

„Es geht um eine Richtungsentscheidung“

Interview mit EU-Abgeordneter Rebecca Harms (Grüne) zur Europawahl / Krisen-Bewältigung auf EU-Ebene

Ob Finanz-, Wirtschafts- oder Klimakrise – die Grünen-Politikerin Rebecca Harms ist überzeugt, dass die Krisen auf EU-Ebene besser zu bewältigen sind als im nationalstaatlichen Alleingang. Und deshalb sagt sie, sei es wichtig, zur Europawahl zu gehen. Es gehe um eine Richtungsentscheidung.

Von Giorgio Tzimurtas

Frage: Frau Harms, können Sie an einem aktuellen Thema verdeutlichen, warum die Europawahl am 7. Juni wichtig ist?

Harms: Diese Europawahl ist eine Richtungsentscheidung. Wir müssen entscheiden, wie wir die Finanz- und Wirtschaftskrise und auch die Klimakrise bewältigen wollen. Ich versuche, die Menschen davon zu überzeugen, dass diese globalen Krisen besser im Zusammenwirken der 27 Staaten unter dem Dach der Europäischen Union zu bewältigen sind als in der Konkurrenz zueinander. Wenn wir uns auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen, haben wir dafür in Europa eine gute Ausgangsbasis. Ob wir das schaffen, hängt sehr stark davon ab, ob die Bürger das wollen oder nicht.



Frage: Warum droht dennoch eine geringe Wahlbeteiligung?

Harms: Die Bedeutung des Europäischen Parlaments ist nicht hinreichend bekannt. Das Parlament ist aber ganz wesentlich an der EU-Gesetzgebung beteiligt. Wo der Wähler sein Kreuz macht, ist entscheidend dafür, ob das zukünftige Parlament weiter auf marktradikale Ideen setzt oder ob soziale Aspekte und der Klimaschutz eine stärkere Rolle spielen. Wie gesagt: Es geht um eine Richtungsentscheidung!

Frage: Warum droht dennoch eine geringe Wahlbeteiligung?

Harms: Die Bedeutung des Europäischen Parlaments ist nicht hinreichend bekannt. Das Parlament ist aber ganz wesentlich an der EU-Gesetzgebung beteiligt. Wo der Wähler sein Kreuz macht, ist entscheidend dafür, ob das zukünftige Parlament weiter auf marktradikale Ideen setzt oder ob soziale Aspekte und der Klimaschutz eine stärkere Rolle spielen. Wie gesagt: Es geht um eine Richtungsentscheidung!

Frage: Trotzdem empfinden viele Bürger die EU insgesamt als fern. Wie kann sich das ändern?

Harms: Wir müssen die europäische Politik auf der nationalen Ebene stärker verankern. Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften müssen das, was Brüssel macht,



Eine stärkere Verankerung der EU-Politik auf der nationalen Ebene fordert die Europa-Abgeordnete Rebecca Harms (Grüne) – um eine größere Nähe zum Bürger zu ermöglichen. Foto: ddp

viel stärker in ihre politischen Debatten einbeziehen. Brüssel beginnt erst zu handeln, wenn die Nationalstaaten über den Rat grünes Licht gegeben haben. Was aber dann passiert, sollte über den ganzen Prozess hinweg national mit reflektiert und beeinflusst werden. Wenn wir das nicht hinkriegen, werden wir von den Medien auch nicht erwarten können, dass sie Brüssel mehr Aufmerksamkeit schenken. Es muss ein Zusammenspiel zwischen gesellschaftlicher Diskussion und Medienberichterstattung geben. Sonst wird sich keine echte Demokratie rund um Brüssel entwickeln. Demokratie ohne Öffentlichkeit funktioniert nicht.

Frage: Wo liegen in punkto Demokratie die wesentlichen Verbesserungen durch den Reformvertrag von Lissabon, der Anfang 2010 in Kraft treten könnte?

Harms: Er sieht im Rat das Prinzip der Doppelten Mehrheit vor: Eine Entscheidung kann gefällt werden, wenn 55 Prozent der Staaten zustimmen, in denen zugleich 65 Prozent der EU-Bürger leben. Das ist eine bessere Grundlage für eine funktionierende europäische Demokratie als bisher.

Das ist ein Übergang in ein System, das sich nicht nur an quantitativen Kriterien wie der Betriebsgröße orientiert. Derzeit erhalten 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Zahlungen. Das müssen wir ändern, indem wir andere Schwerpunkte setzen: Was leistet ein Betrieb an tatsächlichen Investitionen in Arbeitsplätze, wie sind seine Leistungen für Umwelt- und Klimaschutz sowie für artgerechte Tierhaltung, wie ist er eingebettet in eine ländliche Entwicklung? Diese Kriterien geben die Richtung vor, in die wir Grüne weiter wollen. Wir dürfen nicht einseitig die Agrarindustrie fördern, sondern müssen die bäuerliche Landwirtschaft erhalten und dafür sorgen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe einen größeren Anteil an der Wertschöpfung haben.

„Die Bundesregierung muss sich in Brüssel für die Zukunft der Milchquote einsetzen“

Frage: In der EU-Agrarpolitik stehen Veränderungen an, spätestens ab 2013. Erste Schritte wurden in der „Gesundheitsüberprüfung“ eingeleitet. Wo sehen Sie weiteren Therapiebedarf?

Harms: Was ich mir wünsche, ist ein Übergang in ein System, das sich nicht nur an quantitativen Kriterien wie der Betriebsgröße orientiert. Derzeit erhalten

heute kennen in der Landwirtschaft weiter wollen, dann brauchen wir die Quote. Die Bundesregierung muss sich sofort in Brüssel für die Zukunft der Milchquote einsetzen.

Frage: Sollte die Milchquote fest oder flexibel sein?

Harms: Man muss eine bedarfsgerechte Quote ermöglichen. Flexibilität ist notwendig. Aufhören muss aber die alleinige Fixierung auf die Produktion für den Weltmarkt. Das hat die Probleme verursacht.

Frage: In Sachen Energieversorgung ist die EU extrem abhängig von Öl- und Gasimporten. Dabei werden auch Geschäfte mit Staaten gemacht, die keine Demokratien sind. Welchen Ausweg gibt es aus dieser Situation?

Harms: Man muss konsequent dafür sorgen, dass man von diesen Rohstoffen weniger verbraucht. Der beste Weg Abhängigkeiten zu verringern, ist die Verringerung des Energieverbrauchs. So können wir auch unsere Klimaschutzziele besser erreichen. In der Politik wird eher über Erzeugungstechnologien diskutiert, aber die eigentliche Zukunftsaufgabe ist die Steigerung der Potenziale bei der Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Frage: Bei den Erzeugungstechnologien zeichnet sich in Großbritannien, Frankreich und erneut in Schweden eine stärkere Fokussierung auf die Atomkraft ab. Auch in Deutschland wird über verlängerte Laufzeiten und den Bau neuer Kernkraftwerke wieder nachgedacht. Kommen da auf Sie harte Kämpfe zu?

Harms: Bisher haben die Atomkraftgegner die Debatte um den Ausstieg gewonnen. Wir haben in Europa seit der Katastrophe von Tschernobyl nur zwei neue Baustellen für Atomkraftwerke: in Finnland und in Frankreich. In beiden Fällen handelt es sich um wirtschaftliche Desaster. Es gibt technische Probleme, der Bau verzögert sich und wird immer teurer. Ich denke, wir haben gute Chancen, die Entwicklung der Versorgungsstrategie global in Richtung Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu bringen. Ansonsten gilt unser altes Motto aus dem Gorleben-Widerstand: „Parole: Niemals aufgeben!“

Obama will in muslimischer Welt „Herzen und Köpfe“ gewinnen

US-Präsident hält in Kairoer Universität Grundsatzrede – ohne Überraschungen / Radikale Absage an „Kampf der Kulturen“

Von Laszlo Trankovits (dpa)

Kairo – Ganz allein betritt Barack Obama von der Seite die festlich mit Blumen sowie den Flaggen der USA und Ägyptens geschmückte Bühne. Der US-Präsident lässt sich schon vor Beginn seiner Ansprache von den ausgesuchten 2500 Ehrengästen in der traditionsreichen Kairo-Universität feiern. „Wir lieben Dich“ schreit einer begeistert inmitten der „historischen Rede“, die die Welt verändern soll. „Danke“, sagte Obama strahlend, um dann wieder ernst von den Telepromptern die für ihn ungewöhnlich lange Rede zu

Ende zu bringen – die er mit einem arabischen „Al-Salamu Aleikum“ (Friede sei mit Euch) begonnen hatte.

Obama setzt seine Politik der „Hoffnung“ und des „Wandels“ fort – im Ausland modifiziert als Politik der „ausgestreckten Hand“. Anders aber als sein im Nahen Osten besonders verherrlichter Vorgänger George W. Bush will er die Menschen überzeugen, mitreißen, begeistern – ihre „Herzen und Köpfe“ gewinnen. Zumindest in der getäfelten, feinen Universitätsaula gelingt ihm dies blendend, zumal er betont, dass die USA niemandem ein politisches System aufzwingen



Die Vision einer friedlichen Welt verkündete US-Präsident Obama in Kairo. Foto: dpa

wollten. Er wolle zuhören und lernen, offen sein – und das wünsche er sich auch in der islamischen Welt. Obamas Rede war unausgesprochen eine radikale Absage an jeden Gedanken eines „Kampfes der Kulturen“. Aber der US-Demokrat will dennoch fast so etwas wie eine Revolution: Feindschaften sollen begraben, Frieden und Wohlstand überall geschaffen werden.

Obama redet dabei weder irgendjemandem nach dem Mund und schon gar nicht entschuldigt er sich dauernd für Amerika, wie das Konservative in den USA wie der republikanische Politiker Mitt Romney befürcht-

et hatten. „Eine brillante Rede eines politischen Fuchses“, meint ein sichtlich beeindruckter Student nach der Ansprache. Allerdings bot sie kaum Überraschungen.

Obama forderte von Palästinensern Gewaltverzicht und Augenmaß, von Israel mehr Friedenswillen und ein Ende des Siedlungsbaus. Er betonte aber gleichzeitig die Verlässlichkeit der USA als Partner des Staates, dessen Existenzberechtigung nicht zuletzt durch den Holocaust belegt worden sei, wie Obama hervorhebt.

Er opfert nicht, wie manche in Israel befürchteten, die ameri-

KALENDERBLATT

5. Juni

Namenstag

Bonifatius

Historische Daten

2008 – Vor einem Sondermilitärgericht im US-Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba beginnt der Prozess gegen den mutmaßlichen Drahtzieher Chalid Scheich Mohammed und vier mutmaßliche Mitverschwörer der Anschläge vom 11. September 2001.

2007 – Die baskische Untergrundorganisation ETA erklärt ihre im März 2006 ausgerichtete „Waffenruhe“ für beendet und droht neue Terroranschläge an.

1947 – US-Außenminister George C. Marshall schlägt ein Wirtschaftsaufbauprogramm für Europa vor, in das auch Deutschland einbezogen werden soll (Marshallplan). Für den Plan erhält Marshall 1953 den Friedensnobelpreis.

754 – Bei Dokkum in Friesland wird der angelsächsische Mönch Winfried Bonifatius („Apostel der Deutschen“) erschlagen.

Geburtstag

1900 – Dennis Gabor, britischer Physiker, Erfinder der Holographie, erhielt dafür 1971 den Nobelpreis für Physik, gest. 1979

Todestag

2004 – Ronald Reagan, US-Politiker und Schauspieler, 40. Präsident der USA 1981-1989, geb. 1911

ZITAT DES TAGES

„Danke für eine Stunde, die nicht von Warenhäusern und Rettungen geprägt ist.“ (Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) bei der Inbetriebnahme eines Solarmodul-Werks)

ZAHL DES TAGES

16 Spielplätze

Bei einem bundesweiten Spielplatz-Test hat der TÜV Rheinland alarmierende Wartungs- und Sicherheitsmängel entdeckt. Von 75 untersuchten Spielanlagen in 15 deutschen Städten waren nur 6 einwandfrei, teilte der TÜV gestern mit. Bei 16 Spielplätzen forderten die Prüfer eine sofortige Sperrung, da nach ihrer Einschätzung Lebensgefahr für die Kinder bestand. (dpa)

kanisch-israelische Freundschaft, um bei den Arabern zu punkten. Obama folgte dem Rat vieler US-Experten: Er umschmeichelte besonders die Frauen und die Jugend der islamischen Welt.

Der US-Präsident ging erneut auf den Iran zu, sogar auf die radikal-islamische Hamas. Aber er ließ kaum einen Zweifel an seinem Willen, eine Nuklearmacht Iran zu verhindern. Und die Hamas könne nur eine Rolle spielen, wenn sie der Gewalt abschwöre. Einen neuen Nahostplan, wie manche arabische Stimmen gefordert hatten, legte Obama schon gar nicht vor.